

TOP 6: Beitritt des Landes Rheinland-Pfalz zur Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg

- Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung und Staatskanzlei -

Beschluss:

Das Land Rheinland-Pfalz tritt im Hinblick auf die andauernde Serie von Störungsmeldungen in den grenznahen Atomkraftwerken Cattenom, Tihange und Doel und vor dem Hintergrund der von der Kernenergie ausgehenden Bedrohung für Sicherheit und Gesundheit der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger der Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg bei.

Erläuterungen:

Das französische AKW Cattenom ist rund 20 km, das belgische AKW Tihange ist etwa 75 km von der Grenze zu Rheinland-Pfalz entfernt. Das in der Nähe von Antwerpen gelegene AKW Doel liegt in rund 180 km Abstand zur Landesgrenze. In den genannten Atomkraftwerken kommt es ständig zu Störungen. Die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz und in den Nachbarregionen ist deshalb sehr beunruhigt und besorgt.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz fordert daher schon seit langem die Abschaltung des AKW Cattenom. Die alarmierenden Störungsmeldungen aufgrund von Rissen in den Reaktordruckbehältern belgischer Atomkraftwerke haben die Regierungen von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im Januar 2016 dazu veranlasst, gemeinsam die schnellstmögliche und endgültige Abschaltung des AKW Tihange zu fordern. Um diese Beschlüsse und die Erfolgsaussichten für eine baldige Abschaltung der in Nähe zu Rheinland-Pfalz gelegenen AKW zu untermauern, ist es angezeigt, sich über die Staatsgrenzen hinweg regional zu vernetzen. Initiiert vom Bundesland Oberösterreich mit Unterstützung von Rheinland-Pfalz bildet sich aktuell eine Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg. Mit einer solchen Allianz kann man vereint auch auf der EU Ebene für eine Energiewende ohne

Atomkraft werben. U. a. die Bundesländer Baden-Württemberg, Niedersachsen, Bremen und Thüringen und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens haben signalisiert, der Allianz beitreten zu wollen. Weitere Bundesländer sind angefragt. Das Land Rheinland-Pfalz tritt dieser Allianz bei.